



**N i e d e r s c h r i f t**  
**über die 34. - öffentliche - Sitzung**  
**des Ausschusses für Wissenschaft und Kultur**  
**am 15. Juni 2020**  
**Hannover, Landtagsgebäude**

Tagesordnung:

Seite:

- 1. Unterrichtung durch die Landesregierung über die Pläne hinsichtlich der Ausstellung des im Landkreis Helmstedt ausgegrabenen über 300 000 Jahre alten Skeletts eines Waldelefanten**  
*Unterrichtung*..... 7  
*Aussprache* ..... 11
  
- 2. Für eine neue Gründerzeit in Niedersachsen**  
Antrag der Fraktion der FDP - [Drs. 18/6382](#) neu  
*Beginn der Beratung und Verfahrensfragen* ..... 15
  
- 3. Studieren in Zeiten von Corona: Das Sommersemester 2020 nicht auf die Regelstudienzeit anrechnen, Langzeitstudiengebühren aussetzen und Studierende finanziell unterstützen**  
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 18/6330](#)  
*Fortsetzung der Beratung*..... 17
  
- 4. Sonderfonds Kultur Jetzt - Niedersachsens lebendige Kulturszene retten, solselbstständige und freischaffende Künstlerinnen und Künstler sowie Kulturschaffende endlich unterstützen**  
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 18/6343](#)  
*Fortsetzung der Beratung*..... 19

5. a) **Niedersachsen in der Krise - Wie schafft das Land die Rückkehr zu gesellschaftlicher, ökonomischer, kultureller und bildungspolitischer Normalität?**

Antrag der Fraktion der FDP - [Drs. 18/6294](#)

*Beginn der Mitberatung*.....21

b) **Corona-Krise in Niedersachsen durch Stufenstrategie begegnen: Bürger, Unternehmen und öffentliche Einrichtungen in die Selbstbestimmung entlassen!**

Antrag der Fraktion der AfD - [Drs. 18/6299](#)

*Mitberatung*.....24

**Anwesend:**

Ausschussmitglieder:

1. Abg. Matthias Möhle (SPD), Vorsitzender
2. Abg. Alptekin Kirci (SPD)
3. Abg. Dr. Silke Lesemann (SPD)
4. Abg. Hanna Naber (SPD)
5. Abg. Annette Schütze (SPD)
6. Abg. Dr. Thela Wernstedt (SPD)
7. Abg. Gudrun Pieper (i. V. d. Abg. Christian Calderone) (CDU)
8. Abg. Thomas Ehbrecht (CDU)
9. Abg. Jörg Hillmer (CDU)
10. Abg. Burkhard Jasper (CDU)
11. Abg. Dr. Esther Niewerth-Baumann (CDU)
12. Abg. Christoph Plett (CDU)
13. Abg. Eva Viehoff (GRÜNE)
14. Abg. Susanne Victoria Schütz (FDP)
15. Abg. Harm Rykena (AfD)

Weitere Sitzungsteilnehmerinnen und Sitzungsteilnehmer:

Siehe Anwesenheitsliste (**Anlage 1**).

Von der Landtagsverwaltung:

Regierungsrätin Messling.

Niederschrift:

Regierungsdirektorin Dr. Kresse,  
Beschäftigter Dr. Schmidt-Brücken, Stenografischer Dienst.

**Sitzungsdauer:** 13.36 Uhr bis 15.07 Uhr.



**Außerhalb der Tagesordnung:***Billigung von Niederschriften*

Der **Ausschuss** billigte die Niederschriften über die 32. und 33. Sitzung.

\*

*Terminangelegenheiten*

Der **Ausschuss** kam auf Bitten der AfD-Fraktion überein, die für den 31. August 2020 vorgesehene Sitzung aufgrund der Klausurtagung der AfD-Fraktion entfallen zu lassen. - Ferner verständigte er sich auf Bitten des MWK darauf, am 24. Juni 2020 eine zusätzliche Sitzung in Form einer Videokonferenz durchzuführen.

\*\*\*



Tagesordnungspunkt 1:

**Unterrichtung durch die Landesregierung über die Pläne hinsichtlich der Ausstellung des im Landkreis Helmstedt ausgegrabenen über 300 000 Jahre alten Skeletts eines Waldelefanten**

*Abg. Eva Viehoff (GRÜNE) hatte mit E-Mail vom 26. Mai 2020 um diese Unterrichtung gebeten.*

**Unterrichtung**

RL'in **von Reitzenstein** (MWK) führte anhand einer PowerPoint-Präsentation (**Anlage 2**) Folgendes aus:

Im ehemaligen Braunkohletagebau Schöningen werden seit 1983 archäologische Untersuchungen durchgeführt. Zunächst waren es die Funde der Nacheiszeit, des Holozän, die vor ihrer endgültigen Zerstörung ausgegraben und dokumentiert wurden.

Der damals zuständige Archäologe des Niedersächsischen Landesamtes für Denkmalpflege, Dr. Hartmut Thieme, untersuchte auch die deutlich tiefer liegenden Schichten und fand die Spuren einer frühmenschlichen Stätte mit Werkzeugen und Tierknochen.



Auf diesem Bild sieht man, wie viel tiefer unter der Holozänschicht man sich aktuell bewegt.

Diese Schichten zeichnen sich durch eine extrem gute Erhaltung von organischem Material aus. Die geborgenen Spuren von menschlichem, pflanzlichem und tierischem Leben aus der Zeit vor

300 000 Jahren ermöglichen mit jeder neuen Entdeckung weitergehende Rekonstruktionen der damaligen Umwelt.

Insgesamt wird es die Schichtenfolge in der aufgelassenen Tagebaugrube ermöglichen, die Klima- und Umweltgeschichte des Pleistozäns abzulesen. Dies ist noch ein sehr hoher Zeugenwert; die Gesamtfolge im Braunkohletagebau geht bis gut 3 Millionen Jahre vor heute zurück.

Die notwendigen archäologischen Ausgrabungen und Forschungen in Schöningen werden gemäß der gültigen Kooperationsvereinbarung mit der Senckenberg Gesellschaft für Naturforschung und dem an der Universität Tübingen angesiedelten „human evolution project“ von den dortigen Wissenschaftlern durchgeführt. Insgesamt arbeitet hierbei eine sehr große Gruppe von Wissenschaftlern zusammen. Professor Dr. Nicholas Conard, international anerkannter und tätiger Forscher für die frühmenschliche Geschichte, hat die Gesamtleitung inne. Wissenschaftlicher Leiter vor Ort ist Dr. Jordi Serangeli, der die Grabung leitet und die gesamte Abstimmung mit den Partnern durchführt.

Die einzigartigen Speere, für die das Forschungsmuseum von der Stadt Schöningen errichtet wurde, stammen aus einem Schichtenpaket, das dem Gesamtkomplex der Holstein-Warmzeit zuzuordnen ist. Das heißt, es handelt sich um die Relikte einer Landschaft aus der Zeit vor gut 300 000 Jahren. Auch unterhalb des sogenannten Speerhorizontes finden sich weiterhin exquisit erhaltene Reste der vergangenen Landschaft und ihrer Bewohner - einschließlich der Spuren des Frühmenschen Homo heidelbergensis.

In einer etwas unter dem sogenannten Speerhorizont liegenden Schicht fanden sich 2017 erste Spuren eines Waldelefanten (*Palaeoloxodon antiquus*). In den folgenden Ausgrabungen stellte sich heraus, dass es sich um ein fast vollständig erhaltenes Skelett handelt.

Damit unterscheidet sich dieser Fund deutlich von den bisher geborgenen Waldelefantenresten, die nach bisheriger Erkenntnis von rund zehn Tieren stammen und an unterschiedlichen Stellen im Tagebau entdeckt wurden.

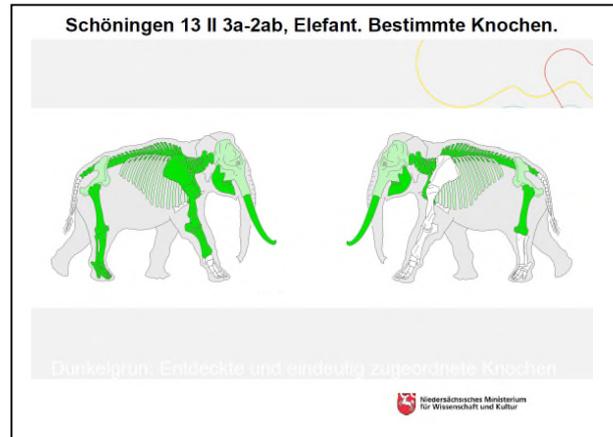
Dankenswerterweise hat Dr. Serangeli vom Forschungsprojekt mir seine Folien dazu überlassen.



Hier sehen Sie noch einmal die Gesamtgrabungssituation vor Ort in Schöningen und ein paar Knochen noch in situ - gerade freigelegt.



Hier sehen Sie Teile des Skeletts, die sich dadurch auszeichnen, dass sich zahlreiche Knochen noch komplett im Verband befinden. Es gibt also keine postmortalen Lageveränderungen der einzelnen Knochen, wie es in der Regel bei so alten Tieren der Fall ist - normalerweise findet man einzelne oder auseinandergerissene Knochen.



Auf diesem Bild sind die ausgegrabenen Knochen des Waldelefanten zu erkennen, jeweils von der rechten und der linken Seite. Die Stoßzähne waren rund 2,30 m lang. In Grün sind die geborgenen Knochen abgebildet, und in Weiß ist dargestellt, was fehlt. Wir wissen nicht, was z. B. mit dem fehlenden Vorderbein oder den drei fehlenden Füßen geschehen ist.

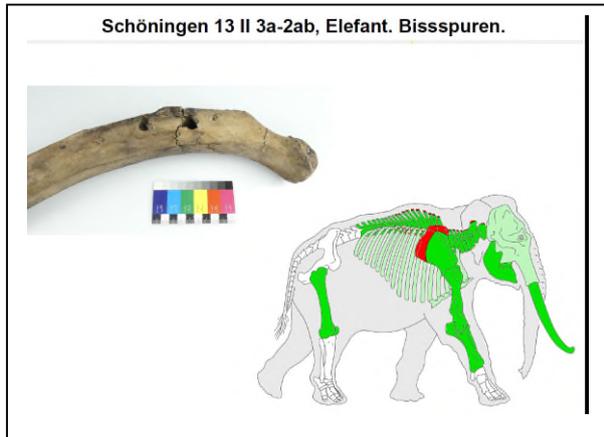
Bisher ist Folgendes über den Waldelefanten bekannt:

- Er war um die 50 Jahre alt, d. h. ein betagtes Tier.
- Es spricht alles dafür, dass es ein weibliches Tier war (Risthöhe, Länge der Stoßzähne).
- Das Tier starb am Ufer des damaligen Schöninger Sees.
- Es ist sehr wahrscheinlich, dass das Tier eines natürlichen Todes starb - wir haben bis jetzt jedenfalls keine Anzeichen für anderes. Von rezenten Elefanten ist bekannt, dass sie sich im hohen Alter oder bei Krankheit an Gewässer zurückziehen, weil sie dann die notwendigen rund 100 l Wasser pro Tag in der Nähe haben. Auch ansonsten ist es für sie angenehmer, sich im flachen Gewässer aufzuhalten.

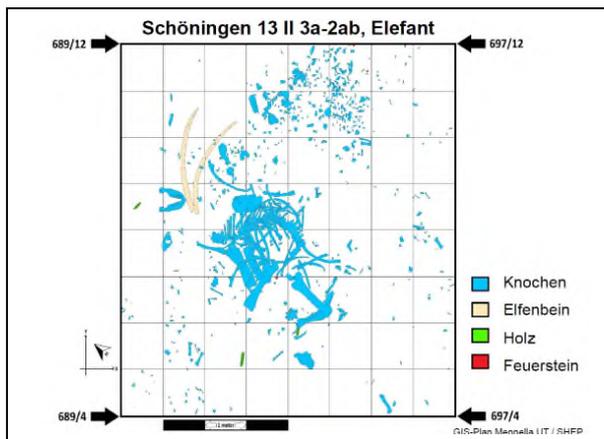
Die weiteren Untersuchungen ergaben:

- Der Kadaver des Waldelefanten ist von Fleischfressern, Carnivoren, angegangen worden, wie Bisspuren am Schulterknochen zeigen. Es ist noch nicht festgestellt, um welche Tierart es sich handelte. Grundsätzlich sind für diese Zeitstufe in Schöningen an

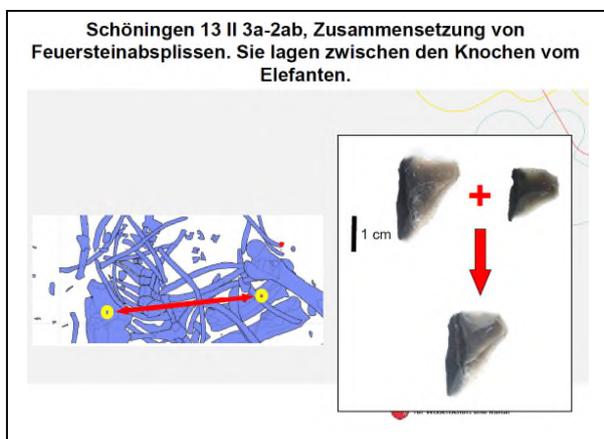
Raubtieren nachgewiesen: Säbelzahnkatzen, Löwen und Wölfe.



- Menschliche Spuren fanden sich direkt am Skelett: Abschläge von Steingeräten sowie zwei Knochenwerkzeuge aus Rothirschknochen. Sie führen zu dem besonderen Erkenntnisgewinn.



Es gibt keinerlei Hinweis darauf, dass der Frühmensch, der dort lebte, den Waldelefanten gejagt hat. Die festgestellten Spuren zeigen nur, dass der Kadaver auch von den am Seeufer lebenden Frühmenschen genutzt wurde. Ein mögliches Szenario zeigt die künstlerische Rekonstruktion von Benoit Claris.



Sie sehen hier den Waldelefantenkadaver und mehrere Frühmenschen mit Werkzeugen - diese

sind belegt -, um sich den einen oder anderen Teil des Tiers herauszuschneiden.

In der Nähe des Waldelefantenskeletts fanden sich die Trittsiegel einer Gruppe von Elefanten, wie sie auch schon an anderer Stelle belegt sind. Die Elefantengruppen haben sich häufiger in der Flachwasserzone des Sees bewegt. Wir wissen, dass sich dort ältere und jüngere Tiere bewegt haben.



Diese Mudde ist eine Art Sekundenaufnahme; sie ist aufgrund der hervorragenden Erhaltungsbedingungen erhalten.

Gestatten Sie mir an dieser Stelle einen kurzen Hinweis auf einen weiteren Neufund aus Schöningen.



Das hier gezeigte Objekt wurde vor einigen Wochen in der peer-reviewed Zeitschrift *Nature* veröffentlicht. Der Fund dieses Objektes ist, wissenschaftlich betrachtet, sehr viel sensationeller als der Fund des Waldelefanten. Denn es handelt sich um einen Wurfstock, der das Arsenal der in Schöningen nachgewiesenen Jagdwaffen erwei-

tert: Bisher waren es Speere und Lanze; jetzt kommt ein Wurfstock hinzu. Wie dieses Gerät genutzt wurde und von manchen rezenten Gruppierungen noch genutzt wird, zeigt die künstlerische Rekonstruktion von Benoit Claris.



Damit ist einmal mehr belegt, welche kognitiven, feinmechanischen und technologischen Fähigkeiten der Homo heidelbergensis, den wir in Schöningen nachweisen können, hatte.

Der Fundort Schöningen schreibt die frühe Menschheitsgeschichte relativ häufig ein bisschen neu. Das zeichnet ihn gegenüber vielen anderen Fundorten aus.

In Schöningen lässt sich auch die Klimageschichte ablesen. Vor nur 300 000 Jahren - „nur“ im Verhältnis zur Geschichte der Erde - lebten am damaligen See Waldelefanten, Löwen, Säbelzahnkatzen, Rinder und Frühmenschen. Das war also fast eine Art afrikanisches Leben am Wasser. Damals war es eher etwas wärmer als heutzutage. Schon dieser Vergleich mit heute zeigt die dramatische Veränderung des Klimas während der letzten Jahrmillionen ganz deutlich. Gehen wir in der Schichtenfolge in Schöningen noch tiefer, finden wir auch Palmenstümpfe, die eine tropische Landschaft belegen. Dazwischen sind die Spuren der Eiszeiten sehr gut ablesbar.

Gleichzeitig belegen allein die bisherigen Funde aus der Zeit vor gut 300 000 Jahren, dass der Mensch zu diesem Zeitpunkt die Nachhaltigkeit im Sinne eines natürlichen Gleichgewichts aller zoologischen Arten verlassen hat. Das beeindruckende Arsenal an Jagdwaffen zeigt, dass er sich aus der Tierwelt entnehmen konnte, was ihm wichtig war.

Diese wichtigen Punkte sind allen interessierten Menschen in Zukunft noch viel stärker vor Ort zu vermitteln.

Ein gutes Beispiel für die erfolgreiche Konversion ehemaliger Tagebau- und Industriestandorte ist das Eden Project in St. Austell, Cornwall, UK. Hier wurde in der „Mondlandschaft“ des aufgelassenen Kaolintagebaus, etliche Kilometer von der besucherstarken cornischen Küste entfernt, in zwei riesigen Gewächshäusern sowie dem umgebenden Außenareal die natürliche Umwelt unterschiedlicher Klimazonen hergestellt. Ziel des Eden Projects ist es, den natürlichen Reichtum und eine Biotopbalance allen Besuchern nahe zu bringen und daran die Wechselwirkungen von menschlichen Eingriffen in Naturlandschaften zu erklären - sprich: das menschliche Handeln nach dem Verlassen der Nachhaltigkeit.

Ausgehend von den besonderen Herausforderungen des aufgelassenen Braunkohletagebaus und den sich durch die Bundesförderung für deren Konversion abzeichnenden Möglichkeiten finden aktuell Abstimmungen mit allen Partnern und regionalen Akteuren statt, um eine entsprechende Erweiterung um die Klimageschichte konzeptionell vorzubereiten. Das heißt: Wir möchten dort mittel- bis langfristig sehr viel weiter denken - über die aktuell kurze Aufnahme einer Zeit um 300 000 hinaus.

Unabhängig davon werden durch das Niedersächsische Landesamt für Denkmalpflege, unter dessen Regie das Forschungsmuseum steht, Sonderausstellungen für die Besucher erarbeitet und präsentiert.

Aktuell kann die Sonderausstellung „Bodenschätze“ besucht werden. Sie richtet sich in besondere Weise an Kinder und Jugendliche und vermittelt, was Boden ist, welches Biotop sich in ihm verbergen kann und vor allem, wie Archäologie funktioniert. Mitmachstationen vertiefen den museumspädagogischen Ansatz.

2021 sind zwei Sonderausstellungen geplant: „Wildnis wagen“ mit der Sielmann-Stiftung soll das Phänomen des Biotops erläutern, und eine Fossilienausstellung mit dem Partner UNESCO-Geopark Harz - Braunschweiger Land - Ostfalen wird in deutlich ältere Phasen der Erdgeschichte führen.

Das vorgestellte Skelett eines Waldelefanten hat die Verantwortlichen im Niedersächsischen Lan-

desamt für Denkmalpflege so begeistert, dass sie es sich spontan zur Aufgabe gemacht haben, im Jahr 2022 eine Ausstellung zu dieser wichtigen Gattung der Tierwelt zu präsentieren. Die Grobkonzeption und die damit verbundenen Fragen eventueller Leihgaben und der Finanzierung werden in den nächsten Monaten systematisch erarbeitet bzw. erörtert.

### Aussprache

Abg. **Dr. Silke Lesemann** (SPD) erinnerte daran, dass der Ausschuss im August 2019 eine Sitzung im paläon, dem Forschungs- und Erlebniszentrum Schöningen, durchgeführt habe und sich vor Ort ein Bild habe machen können. Es sei deutlich geworden, dass es sich um einen wirklich beeindruckenden Forschungsort handele, an dem Funde und Befunde aus unterschiedlichen wissenschaftlichen und Forschungsperspektiven gezeigt würden, die auch Auswirkungen auf die Betrachtung der Gegenwart hätten - insbesondere zur Klimageschichte.

Die Abgeordnete fragte, ob es an anderen Orten in Deutschland ähnlich geartete bzw. vergleichbare Ausstellungen gebe - wobei es dabei natürlich immer auch auf die Funde ankomme. Die Schöninger Speere seien ein äußerst seltener Fund gewesen.

RL'in **von Reitzenstein** (MWK) antwortete, direkt vergleichbare Ausstellungen gebe es im Grunde nicht. Für paläolithische, also altsteinzeitliche Kontexte sei die erste Adresse in Deutschland das Neanderthal Museum für die Station Neandertaler. Der Neandertaler sei aber zeitlich deutlich nach dem Homo heidelbergensis einzuordnen.

In Niedersachsen gebe es die Jagdstation der Neandertaler in Salzgitter-Lebenstedt, die in Teilen im Museum Schloss Salder ausgestellt sei. Im Domherrenhaus in Verden werde die Lanze aus Lehringen - auch aus Neandertalerzeit - ausgestellt, die aus einer späteren Warmzeit stamme. Sie sei ungefähr 90 000 Jahre alt und zusammen mit einem Waldelefantenskelett geborgen worden - dies allerdings unter den wissenschaftlichen Standards der 1940er-Jahre. Dennoch sei diese Lanze aus Eibenholz ein wichtiges Objekt.

Ein wichtiger Komplex zu dieser frühen Phase befinde sich auch im Archäologischen Museum in Halle. Dort sei ein vollständig rekonstruierter

Waldelefant zu sehen. Ein modern rekonstruierter Waldelefant, der mit aktiver Unterstützung von Dr. Serangeli aus Kunststoffen rekonstruiert worden sei, sei auch vor dem Elmhaus in Schöningen zu sehen.

Abg. **Eva Viehoff** (GRÜNE) merkte an, Minister Thümler werde in dem im Unterrichts Antrag der Grünen erwähnten Artikel der HAZ auch dahin gehend zitiert, dass er sich eine große Ausstellung ähnlich dem Eden Project in Großbritannien vorstellen könne. Sie fragte nach den Hintergründen und der Ausgestaltung einer möglichen Finanzierung. Denn die in den letzten Jahren seitens des Landes beigesteuerten 500 000 Euro reichten nur gerade so aus, um den Betrieb des Museums aufrechtzuerhalten.

RL'in **von Reitzenstein** (MWK) führte aus, das Eden Project in Cornwall sei ein extrem gelungenes Konversionsprojekt in einem ehemaligen Tagebau. Es sei das beste Beispiel, wenn es darum gehe, wie ein ehemaliger Tagebau im weitesten Sinne kulturell und touristisch weitergenutzt werden könne.

Das Eden Project sei in einer stillgelegten Kaolin-grube nach der Idee des Archäologen Tim Smit realisiert worden. Bevor er mit der Umsetzung des Projektes begonnen habe, habe die Landschaft in Cornwall noch mehr einer „Mondlandschaft“ geglichen als jeder Braunkohletagebau. Der Vergleich mit dem Eden Project sei Teil einer Arbeitsdiskussion mit Blick auf den Forschungsstandort Schöningen. Denn es sei klar, dass aktuell gute Möglichkeiten beständen, über den Einblick in die Zeit vor 300 000 Jahren, den das Forschungsmuseum ermögliche, hinauszugehen und den Menschen auch die Klimageschichte über das gesamte Pleistozän, die im Tagebau abgelesen werden könne, näher zu bringen. Es sei von großem Interesse, was damals klimatisch passiert sei, wie und mit welcher Methodik dies abgelesen werden könne und was eigentlich instabiles Klima bedeute.

Tim Smit habe für die Realisierung des Eden Projects ca. sechs bis acht Jahre gebraucht. Zuvor habe er das Gartenbauprojekt „The Lost Gardens of Heligan“ realisiert und sehr viel Geld in der Musikwirtschaft verdient. Dieses Geld habe er in die beiden Projekte investiert. Eine entsprechende Realisierung in Niedersachsen werde sicherlich mindestens ebenso lange dauern, und es werde auch sehr viel Geld für die Umsetzung benötigt werden.

Aktuell bestehe die Option, in Niedersachsen so etwas umzusetzen, und zurzeit fänden dazu Gespräche mit unterschiedlichsten Partnern statt - mit der Senckenberg Gesellschaft, mit der Universität Tübingen und mit den regionalen Akteuren.

Abg. **Harm Rykena** (AfD) fragte nach dem aktuellen Stand der Planungen, dem Zeithorizont und der Finanzierung der weiteren Ausgrabungen in Schöningen.

Er fügte hinzu, das Projekt in Schöningen sei einmal durch den Braunkohletagebau in Gang gekommen, der nun beendet werde. Dies werde wohl dazu führen, dass der Grundwasserspiegel wieder ansteige, was weitere Ausgrabungen verhindere. Auf der anderen Seite sei bei dem Besuch des Ausschusses in Schöningen darauf hingewiesen worden, dass auch ein Trockenfallen des Gebietes für die Ausgrabungen nicht förderlich wäre.

RL'in **von Reitzenstein** (MWK) legte dar, die Ausgrabungen würden so lange fortgeführt, bis auf dem erhaltenen Zeugenberg alle entscheidenden Schichten geborgen seien. Ein riesiger Teil sei ausgekoffert worden, und der Braunkohletagebau habe einen kleinen Bereich stehen gelassen, nachdem bekannt gewesen sei, dass es sich bei den Speeren um einen singulären Fund handle.

Da es sich dabei im Sinne des Denkmalschutzgesetzes um eine Rettungsgrabung handle, werde sie aus dem laufenden, ganz normalen Etat finanziert. Dies sei mit der Senckenberg Gesellschaft und der Universität Tübingen gemeinsam vereinbart worden. Dadurch sei es auch möglich, deutlich mehr internationale Wissenschaft anzuziehen, was keine zusätzlichen Kosten verursache. Sie, Frau von Reitzenstein, gehe davon aus, dass wahrscheinlich noch 15 bis 20 Jahre gegraben werden müsse, bis alle Schichten fachgerecht geborgen seien.

Das Problem des Trockenfallens des Geländes in den heißen Sommermonaten sei in der Tat ein Problem. Um dies zu verhindern, erfolge zum Teil eine künstliche Bewässerung. Die Schichten, bei denen klar sei, dass dort in diesem Jahr nicht gegraben werde, würden zum Teil mit Grassoden abgedeckt, um wieder ein relativ stabiles Feuchtigkeitsverhältnis zu erreichen. Dies werde regelmäßig gemessen.

Zu der Frage, was passiere, wenn die Grabungen abgeschlossen seien und der Grundwasserspiegel wieder auf der normalen Höhe sein werde, sei anzumerken, dass es vor Ort Planungen für einen großen Freizeitsee gebe.

Wenn die Ausgrabungen abgeschlossen seien, seien alle Schichten abgebaut und befänden sich alle Objekte in der Forschung bzw. unterhalb der jetzigen Freiflächen. Aktuell werde in der prähistorischen Seeuferzone gegraben. Etwas weiter in Richtung Forschungsmuseum befinde sich die Altlandschaft. Diese Schichten seien nicht gefährdet; sie würden als Forschungsreserve bewahrt.

Abg. **Eva Viehoff** (GRÜNE) merkte an, ihrer Kenntnis nach habe die Realisierung des Eden Projects insgesamt 140 Millionen Pfund gekostet. Ein großer Teil dieser Summe sei von Sponsoren aufgebracht worden. Beim Museum in Schöningen habe gerade erst das Land - bzw. das Landesamt für Denkmalpflege - die Regie übernommen, das jährlich 500 000 Euro zur Verfügung stelle. Vor diesem Hintergrund stelle sich die Frage, ob die Landesregierung sozusagen eine Rückführung ins Privatwirtschaftliche plane, so dass sich das Museum selbst tragen müsste. Sie, Abg. Frau Viehoff, habe jedenfalls Zweifel, dass die grundsätzlich gute Idee mit den begrenzten Etatmitteln umsetzbar sei.

RL'in **von Reitzenstein** (MWK) führte aus, im Rahmen des Eden Projects, das verkürzt als ein spektakulärer botanischer Garten bezeichnet werden könne, seien die beiden weltgrößten Gewächshäuser mit einer spannenden Architektur errichtet worden. In Schöningen dagegen werde sicherlich kein botanischer Garten mit großen und teuren Gewächshäusern angelegt. In dieser Konversionslandschaft solle vielmehr etwas geschaffen werden, was die dortigen Funde angemessen präsentieren könne. Der Vergleich mit dem Eden Project habe sich ausschließlich auf die Konversionsherausforderungen bezogen.

Die Funde und Befunde aus Schöningen seien im Übrigen immer Landeseigentum gewesen und würden auch Landeseigentum bleiben. Das sehe das Gesetz vor, und Objekte von solcher Bedeutung seien beim Land auch richtig aufgehoben.

Abg. **Jörg Hillmer** (CDU) fragte, wie tief unter der ursprünglichen Erdoberfläche die aktuellen Grabungen seien und wie tief das Tagebauloch noch werde. Dahinter stehe die Frage, wie lange noch

zu graben sei bzw. ob das Biotop irgendwann sozusagen ausgeforscht sei.

RL'in **von Reitzenstein** (MWK) antwortete, sie könne das nicht auf den Meter genau sagen, aber bei dem Speerhorizont befinde man sich ungefähr 15 bis 18 m unter dem Holozän, also unter der Jetztzeit. Man gehe davon aus, dass Spuren des menschlichen Lebens vielleicht noch 1 bis 3 m tiefer zu finden seien. Danach gebe es noch Biotopreste; es könnten also noch Landschaften und Klima rekonstruiert werden. Aber aktuell gehe man nicht davon aus, dass noch auf den nächsten 30 bis 40 m, bis zur Tagebausohle, menschliche Spuren gefunden würden.

\*\*\*



Tagesordnungspunkt 2:

### Für eine neue Gründerzeit in Niedersachsen

Antrag der Fraktion der FDP - [Drs. 18/6382](#) neu

*erste Beratung: 77. Plenarsitzung am  
13.05.2020*

*federführend: AfWuK*

*mitberatend: AfWAVuD*

*mitberatend gem. § 27 Abs. 4 Satz 1 i. V. m.  
§ 39 Abs. 3 Satz 1 GO LT: AfHuF*

### Aufnahme der Beratung und Verfahrensfragen

Abg. **Susanne Victoria Schütz** (FDP) stellte den Antrag im Sinne des Entschließungs- und Begründungstextes vor.

Zum Verfahren schlug sie vor, zunächst die Landesregierung zu bitten, den Ausschuss über den aktuellen Sachstand zu unterrichten, wenn möglich unter Beteiligung des startup.niedersachsen-Beirats.

Dabei interessierten sie insbesondere folgende Fragen:

- Wie ist der Sachstand bezüglich Ausgründungen an den niedersächsischen Hochschulen, auch im Vergleich zu anderen Bundesländern und Ländern?
- Wie sind die Transferzentren aufgestellt, auch im Vergleich zu anderen Bundesländern und Ländern?
- Welche insbesondere rechtlichen und steuerlichen Probleme treten diesbezüglich auf?
- Inwiefern können sich Hochschulen zurzeit an Ausgründungen beteiligen?
- Wird aktuell in irgendeiner Form Wagniskapital eingeworben?

Abg. **Jörg Hillmer** (CDU) begrüßte den Antrag der FDP-Fraktion, der gute und interessante Aspekte beinhalte, zum Teil aber auch Punkte aufgreife, die im Wissenschaftsausschuss bereits unter dem Thema „Third Mission“ diskutiert worden seien, so Abg. Hillmer. Eine Unterrichtung durch die Landesregierung über den aktuellen Sachstand sei deshalb sinnvoll.

Grundsätzlich stelle sich aus Sicht der CDU-Fraktion allerdings noch eine andere Verfahrensfrage; denn der Wirtschaftsausschuss berate aktuell über eine ganze Reihe von Anträgen verschiedener Fraktionen zum Thema Start-ups und Gründungen, und es stelle sich die Frage, ob es nicht sinnvoll wäre, den vorliegenden Antrag in die Beratung dort mit einzubeziehen, um eine umfassende Beschlussempfehlung zum Thema Gründungen im Bereich Wirtschaft und Wissenschaft zu ermöglichen. Denn bei diesem Thema gebe es eine Schnittstelle zwischen dem Wissenschafts- und dem Wirtschaftsbereich, und es sei nicht immer ganz klar abzugrenzen, bis zu welchem Zeitpunkt die Hochschulen die Gründer noch betreuten und ab wann es sich um eine Frage der Wirtschaftsförderung handele.

Allerdings sei seiner, Hillmers, Kenntnis nach der Wirtschaftsausschuss aktuell auf einem guten Weg, zeitnah eine gemeinsam getragene Beschlussempfehlung zu erreichen, sodass sich die Frage stelle, inwiefern eine entsprechende Umsetzung zeitlich noch möglich sei. Grundsätzlich spreche viel dafür, dieses Thema ganzheitlich zu diskutieren; die Entscheidung müsse aber letztlich der Antragsteller treffen.

Abg. **Susanne Victoria Schütz** (FDP) teilte die Einschätzung des Abg. Hillmer. Auch aus ihrer Sicht, so die Abgeordnete, beständen Überlappungen im Wirtschafts- und Wissenschaftsbereich. Ursprünglich sei auch für diesen Antrag die Federführung des Wirtschaftsausschusses vorgesehen gewesen, aber letztlich habe der Landtag entschieden, den Wissenschaftsausschuss mit der Federführung zu betrauen, da hier, anders als in den anderen Anträgen, der Hochschulbereich im Fokus stehe.

In der Tat stelle sich die Frage, inwiefern ein gemeinsames Vorgehen mit dem Wirtschaftsausschuss bzw. ein Zusammenführen der Anträge möglich sei. Sie werde diesbezüglich Kontakt zu dem Vertreter der FDP-Fraktion im Wirtschaftsausschuss aufnehmen, um dies zu klären.

Abg. **Eva Viehoff** (GRÜNE) merkte an, es sei ein gutes und richtiges Ziel, bei dem Thema der Start-ups und Gründungen auch einmal die Hochschulen in den Fokus zu stellen. Wichtig sei dabei in der Tat, nicht nur Ausgründungen im technischen Bereich, sondern in allen Bereichen der Hochschulen in den Blick zu nehmen, auch in den geisteswissenschaftlichen. Dabei spiele auch das Thema Wissenschaftskommunikation eine

große Rolle; denn es bestehe ein großer Bedarf der Kommunikation von Wissenschaftsergebnissen in die Gesellschaft hinein.

Diskutiert werden müsse in jedem Fall über das Thema Risikokapital, und zwar sowohl im Wissenschaftsausschuss als auch im Wirtschaftsausschuss. Dies sei ein Problem in Deutschland insgesamt - nicht nur im Bereich Ausgründungen aus Hochschulen. Denn nur wenige Unternehmen oder Mäzene seien in der Lage und/oder bereit, Risikokapital in einem solchen Maß bereitzustellen, dass sich Gründungen in Deutschland tatsächlich lohnten.

Grundsätzlich sei auch eine breitere Diskussion über die Frage, ob eine Anstellung sozusagen das allein Seligmachende sei, wichtig. Denn viele junge Leute in Deutschland seien trotz vieler guter Beispiele von erfolgreichen Gründungen immer noch der Auffassung, dass eine Anstellung besser oder auch besser angesehen sei als die Selbstständigkeit.

Hierbei bestehe Potenzial in vielen kleinen und mittelständischen Unternehmen, z. B. in den Bereichen Nachhaltigkeit, Klimaneutralität und Energieeffizienz.

Der Antrag der FDP-Fraktion sei also grundsätzlich sinnvoll, müsse aber auch im Zusammenhang mit den hochschulpolitischen Entwicklungen betrachtet werden. Denn die niedersächsischen Hochschulen müssten, um Studierende auf Gründungen vorzubereiten, eine gute Ausbildung bieten, und dazu sei nicht nur ein Venture-Capital-Fonds notwendig, sondern eine gute finanzielle Ausstattung der Hochschulen und vor allem der Lehre insgesamt.

Abg. **Dr. Silke Lesemann** (SPD) begrüßte den Antrag der FDP-Fraktion ebenfalls. Auch aus ihrer Sicht, so die Abgeordnete, sei es sinnvoll, das Thema Gründungen auch aus einer hochschulpolitischen bzw. wissenschaftspolitischen Perspektive zu betrachten; denn an den Hochschulen würden oft die Grundlagen dafür gelegt. Eine Unterrichtung über den aktuellen Sachstand an den niedersächsischen Hochschulen in dieser Frage sei deshalb sinnvoll.

Eine Zusammenführung der vorliegenden Anträge zu diesem Thema wäre sicherlich sinnvoll, um besser darstellen zu können, welche Potenziale in Niedersachsen vorhanden seien. Zu berücksichtigen sei allerdings mit Blick auf eine mögliche

Einbeziehung dieses Antrags in eine Beschlussempfehlung des Wirtschaftsausschusses, die möglicherweise schon im September-Plenum beraten werde, dass die nächste Sitzung des Wissenschaftsausschusses erst am 7. September stattfinde.

Abg. **Eva Viehoff** (GRÜNE) regte an, gegebenenfalls noch vor der Sommerpause eine zusätzliche Ausschusssitzung durchzuführen, in der dann die vorgeschlagene Unterrichtung stattfinden könnte.

Vors. Abg. **Matthias Möhle** (SPD) schlug vor, diesbezüglich zunächst einmal den Verlauf der weiteren Beratungen im Wirtschaftsausschuss abzuwarten.

\*

Der **Ausschuss** kam überein, die Landesregierung zu bitten, ihn in einer seiner nächsten Sitzungen über den aktuellen Sachstand zu unterrichten.

\*\*\*

Tagesordnungspunkt 3:

**Studieren in Zeiten von Corona: Das Sommersemester 2020 nicht auf die Regelstudienzeit anrechnen, Langzeitstudiengebühren aussetzen und Studierende finanziell unterstützen**

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 18/6330](#)

*direkt überwiesen am 28.04.2020*

*federführend: AfWuK;*

*mitberatend gem. § 27 Abs. 4 Satz 1 i. V. m. § 39 Abs. 2 Satz 2 GO LT: AfHuF*

*zuletzt beraten: 33. Sitzung am 18. Mai 2020*

**Fortsetzung der Beratung**

Abg. **Eva Viehoff** (GRÜNE) erinnerte an ihren Vorschlag aus der 33. Sitzung, die Studierendenvertretungen und die LHK schriftlich zu dem Antrag anzuhören. Dazu habe es von den Koalitionsfraktionen bisher kein positives Signal gegeben, so die Abgeordnete.

Sollte dieser Vorschlag abgelehnt werden, würde sie, Frau Viehoff, darum bitten, in der heutigen Sitzung über eine Beschlussempfehlung abzustimmen. Denn die grundsätzlichen Argumente seien ausgetauscht, und es sei wichtig, nun schnell eine Entscheidung zu treffen und nicht erst im Herbst, wenn das Thema vielleicht gar nicht mehr relevant sei.

Die Situation der Studierenden, die das Onlinestudium auf der einen und finanzielle Probleme auf der anderen Seite bewältigen müssten, verschärfe sich aktuell zunehmend. Erst in der letzten Woche hätten Studierende auch in Hannover für ein Solidarsemester demonstriert. Inzwischen habe die LHK Minister Thümler schriftlich darum gebeten, die Regelstudienzeit um ein Semester zu verlängern. Ziel sei in beiden Fällen, dass das Sommersemester quasi nicht gezahlt bzw. auf die Regelstudienzeit angerechnet werde.

Die Fraktion der Grünen habe in der vergangenen Woche in einem Gespräch mit der LHK erfahren, dass die Onlinelehre an den verschiedenen Hochschulen unterschiedlich gut laufe, was auch verständlich sei. Denn diese Form der Lehre sei sehr neu, und die Lehrenden hätten sich sehr schnell darauf einstellen müssen.

Problematisch sei aber, dass - nach der zunehmenden Öffnung gemäß niedersächsischem Studienplan - die Durchführung bestimmter Präsenzveranstaltungen in den Hochschulen auch aufgrund der räumlichen Gegebenheiten und unter Einhaltung der Hygienevorschriften zum Teil nur schwer möglich sei. Wenn beispielsweise im größten Hörsaal der Universität Göttingen, in den unter regulären Bedingungen bei einer Vorlesung 1 000 Studierende passten, eine Klausur unter Einhaltung der Hygienevorschriften geschrieben werden solle, sei dies aktuell nur für ca. 170 Personen möglich. Vor diesem Hintergrund könne man sich vorstellen, dass das Ablegen von Prüfungen im Sommersemester - auch wenn die Vorlesungsfreie Zeit mitgenutzt werden könne - extrem schwierig werde.

Seminarräume, die regulär mit 30 Personen belegt werden könnten, könnten aktuell mit 15, höchstens 17 Personen belegt werden. Die Seminare selbst müssten dann nacheinander von den Dozierenden abgehalten werden; parallel sei dies nicht möglich, weil dafür nicht genug Personal zur Verfügung stehe.

Die Studienzeit aller Studierenden werde sich vor diesem Hintergrund pandemiebedingt verlängern, ohne dass sie selbst irgendeine Schuld daran hätten. Die Fraktion der Grünen plädiere deshalb nach wie vor dafür, das Sommersemester 2020 nicht auf die Regelstudienzeit anzurechnen, damit den Studierenden kein Nachteil aus der aktuellen Situation entstehe und die Hochschulen in die Lage versetzt würden, die notwendigen Veranstaltungen nachzuholen. Dass dies mit Blick auf die Kapazitätsverordnung nicht problematisch wäre, sei inzwischen seitens der Landesregierung bestätigt worden.

Ferner plädiere die Fraktion der Grünen nach wie vor dafür, bei den Hochschulen dafür zu werben, 2020 einmalig auf die Langzeitstudiengebühren zu verzichten, weil die Studierenden das Sommersemester nicht korrekt abschließen könnten, da z. B. Prüfungen nicht möglich seien.

Zwar habe der Bund gerade beschlossen, dass notleidende Studierende ab dem 16. Juni Zuschüsse bis zu 500 Euro im Monat beantragen könnten. Diese Studierenden seien allerdings seit dreieinhalb Monaten notleidend. Wenn jemand aktuell 300 Euro auf dem Konto habe und einen Antrag auf Zuschuss beim Studentenwerk stelle, würden diese 300 Euro abgezogen, und der- oder

diejenige erhalte nur 200 Euro. Leben könne man davon nicht.

Viel sinnvoller wäre es aus Sicht der Grünen gewesen, das BAföG - zumindest befristet - zu öffnen.

Zu der problematischen Situation ausländischer Studierenden könnten im Übrigen die Studentwerke in Niedersachsen einiges sagen - wenig davon sei positiv.

Abg. **Jörg Hillmer** (CDU) erklärte, die Fraktionen von CDU und SPD hätten angekündigt, einen Änderungsvorschlag zu dem Antrag der Fraktion der Grünen vorzulegen, der inzwischen im Entwurf vorliege. Dieser müsse aber noch innerhalb der Fraktionen abgestimmt und mit der Landesregierung rückgekoppelt werden.

Da der Änderungsvorschlag gemeinsam mit dem Antrag der Fraktion der Grünen beraten werden solle, lehne die CDU-Fraktion eine Abstimmung über eine Beschlussempfehlung in der heutigen Sitzung ab.

Abg. **Dr. Silke Lesemann** (SPD) betonte, es sei den Koalitionsfraktionen sehr wichtig, pandemiebedingte Nachteile für die Studierenden mit Blick auf den Studienverlauf zu minimieren. Es dürfe nicht passieren, dass Studierende aufgrund der aktuellen Situation gezwungen seien, ihr Studium abzubrechen. Es sei wichtig, diesbezüglich rechtssichere Regelungen zu finden, die auch finanziert werden müssten.

Gleichzeitig sei nicht davon auszugehen, dass das Thema im Herbst bereits erledigt sei. Die Dinge seien aktuell im Fluss, und gegenwärtig sei auch noch nicht klar, wie ein Semestereinstieg aussehen und Präsenzlehre stufenweise wieder erfolgen könne. Diese Aspekte müssten bei einem Änderungsvorschlag mitbedacht werden.

\*

Der **Ausschuss** kam überein, die Beratung fortsetzen, wenn der von den Koalitionsfraktionen angekündigte Änderungsvorschlag vorliegt.

\*\*\*

Tagesordnungspunkt 4:

**Sonderfonds Kultur Jetzt - Niedersachsens lebendige Kulturszene retten, solselbstständige und freischaffende Künstlerinnen und Künstler sowie Kulturschaffende endlich unterstützen**

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 18/6343](#)

*direkt überwiesen am 29.04.2020*

*federführend: AfWuK*

*mitberatend gem. § 27 Abs. 4 Satz 1 i. V. m. § 39 Abs. 2 Satz 2 GO LT: AfHuF*

*zuletzt beraten: 33. Sitzung am 18. Mai 2020*

**Fortsetzung der Beratung**

Abg. **Eva Viehoff** (GRÜNE) erklärte, sie halte den Antrag der Fraktion der Grünen aufrecht. Zwar sei inzwischen für den Bereich der Kultur einiges auf den Weg gebracht worden, z. B. das Programm „Neustart Kultur“ der Bundesregierung mit einem Volumen von 1 Milliarde Euro sowie das Sonderprogramm für gemeinnützige Kultureinrichtungen und Kulturvereine des MWK. Aber nach wie vor gebe es große Lücken bzw. fielen immer noch Kulturschaffende durchs Raster.

Ein langsames Wiederhochfahren der Kultur werde zwar durch Zuschüsse für Veranstalter usw. gefördert, aber man müsse berücksichtigen, dass Veranstaltungen aktuell nur mit viel weniger Zuschauerinnen und Zuschauern als noch zu Beginn dieses Jahres stattfinden könnten, sodass die Gage der Künstlerinnen und Künstler nicht nur über die Einnahmen gezahlt werden könne.

Da Niedersachsen bei den Hilfsprogrammen für die Kultur im Rahmen des Lockdowns mit Blick auf die Gesamtsummen zu den Schlusslichtern gehöre, sei es wichtig, nun nachzusteuern, auch um zu verdeutlichen, welche Bedeutung die Vielfalt der Kultur in einem Flächenland wie Niedersachsen habe. Andere Bundesländer hätten schon viel eher reagiert.

Wie sie, Abg. Frau Viehoff, inzwischen erfahren habe, beabsichtigten die Koalitionsfraktionen, auch zu diesem Antrag einen Änderungsvorschlag vorzulegen. Sie sei durchaus zu Gesprächen bereit, um eine gemeinsam getragene Beschlussempfehlung zu erreichen.

Abg. **Burkhard Jasper** (CDU) betonte, der CDU-Fraktion sei die Vielfalt des kulturellen Lebens in Niedersachsen sehr wichtig; deshalb hätten die Koalitionsfraktionen auch den Antrag „Vielfalt des kulturellen Lebens in Niedersachsen fördern“ in der Drucksache 18/2899 eingebracht, den der Landtag beschlossen habe.

Auch im Rahmen der Corona-Pandemie sei bereits einiges auf den Weg gebracht worden - das Corona-Sonderprogramm für gemeinnützige Kultureinrichtungen und Kulturvereine sowie die 1 Milliarde Euro des Bundes für das Programm „Neustart Kultur“ seien bereits erwähnt worden.

In der Tat sei es das Ziel der Koalitionsfraktionen, einen Änderungsvorschlag vorzulegen, der verdeutliche, wie wichtig ihnen die Kultur in Niedersachsen sei. Da aber auch in diesem Bereich noch einiges im Fluss sei, habe dieser heute noch nicht vorgelegt werden können. Mit Blick auf den Stufenplan für Niedersachsen sei der CDU-Fraktion sehr wichtig, im Detail zu prüfen, welche Öffnungsmöglichkeiten noch beständen - z. B. mit Blick auf Outdoor-Kulturveranstaltungen. Es stelle sich die Frage, inwieweit in diesem Bereich die einzelnen Kulturveranstalter und auch die Kommunen unterstützt werden könnten.

Abg. **Hanna Naber** (SPD) schloss sich diesen Ausführungen an.

\*

Der **Ausschuss** kam überein, die Beratung fortzusetzen, sobald der von den Koalitionsfraktionen angekündigte Änderungsvorschlag vorliegt.

\*\*\*



Tagesordnungspunkt 5:

a) **Niedersachsen in der Krise - Wie schafft das Land die Rückkehr zu gesellschaftlicher, ökonomischer, kultureller und bildungspolitischer Normalität?**

Antrag der Fraktion der FDP - [Drs. 18/6294](#)

b) **Corona-Krise in Niedersachsen durch Stufenstrategie begegnen: Bürger, Unternehmen und öffentliche Einrichtungen in die Selbstbestimmung entlassen!**

Antrag der Fraktion der AfD - [Drs. 18/6299](#)

Zu a) erste Beratung: 75. Plenarsitzung am 23.04.2020

*federführend: AfSGuG*

*mitberatend gem. § 27 Abs. 4 Satz 1 i. V. m. § 39 Abs. 3 Satz 1 GO LT: AfHuF*

*mitberatend gem. § 28 Abs. 4 i. V. m. § 39 Abs. 3 Satz 1 GO LT: AfRuV, KultA, AfWuK*

Zu b) erste Beratung: 75. Plenarsitzung am 23.04.2020

*federführend: AfSGuG*

*mitberatend gem. § 28 Abs. 4 i. V. m. § 39 Abs. 3 Satz 1 GO LT: AfRuV, AfluS, AfHuF, KultA, AfWuK, AfWAVuD, AfELuV*

*Der federführende Ausschuss hatte den Ausschuss für Wissenschaft und Kultur um eine Stellungnahme zu den in seinem Zuständigkeitsbereich liegenden Punkten der Anträge gebeten.*

**Beginn der Mitberatung des Antrags unter a**

*Beratungsunterlage: **Vorlage 1** (Hintergrundvermerk zum Entschließungsantrag der FDP-Fraktion)*

*Zu Nr. 8 -Unterstützung der Hochschulen bei der Wiederaufnahme des Lehr- und Forschungsbetriebs*

Abg. **Susanne Victoria Schütz** (FDP) kritisierte eingangs die Darstellung des Bereichs der Universitäten und Hochschulen in der seitens der Staatskanzlei am 4. Mai veröffentlichten tabellarischen Übersicht zum „Neuen Alltag in Nieder-

sachsen“, in der Anlage 2, in der es in einer grauen Spalte schlicht heiße: „Sommersemester Hochschule in digitaler Form“.

Denn es stelle sich die Frage, so die Abgeordnete, inwieweit ausschließlich digitale Lehr- und Prüfungsformate zum Einsatz kommen könnten. Insbesondere mit Blick auf die Prüfungsformate ergäben sich verschiedene Fragen - Stichwort „Zulässigkeit von Onlineprüfungen“ usw. Hierzu gebe es im Übrigen kein „Gutachten“, wie Minister Thümler es bezeichnet habe, des Präsidenten der Leibniz Universität, Professor Epping, sondern nur einen Austausch mit den niedersächsischen Hochschulleitungen, in der Stellungnahmen der Hochschulen berücksichtigt würden. Dies habe die Antwort des MWK auf eine von ihr, Frau Schütz, gestellte Frage - Vorlage 1 zur Drucksache 18/6330 - deutlich gemacht.

Das Thema Prüfungsformate sei auch deshalb problematisch, so Abg. Frau Schütz, weil in bestimmten großen Fachbereichen wie Maschinenbau oder Mathematik im Sommersemester - anders als im Wintersemester - teilweise über 1 000 Studierende schriftliche Prüfungen zu absolvieren hätten. Diese könnten vor dem Hintergrund von Abstandsgeboten selbst in den größten Hörsälen nicht alle gleichzeitig untergebracht werden.

Unklar sei auch, wie die derzeit anscheinend einzig gangbare Lösung - die Anmietung von Räumen - von den Hochschulen finanziert werden solle. Identitätsfeststellung von Prüfungsteilnehmern bei online abgehaltenen Prüfungen durch Künstliche-Intelligenz-Algorithmen, wie sie ausweislich von Presseberichten in den USA durchgeführt würden, seien in Deutschland aufgrund von Datenschutz- und Grundrechtsbelangen nicht umsetzbar. Mündliche Prüfungen könnten sicherlich über Videokonferenzsoftware durchgeführt werden, und bei Prüfungen, die Anwesenheit erforderten, könnte zudem alternativ auf schriftliche Zusatzleistungen zurückgegriffen werden.

Auch wenn die Hochschulen bei diesem Thema aktuell viel Kreativität bewiesen, was begrüßenswert sei, bestehe mit Blick auf Prüfungsformate, aber auch andere Präsenzveranstaltungen noch Beratungs- und Unterstützungsbedarf. Dies betreffe insbesondere auch den Bereich der Lehramtsstudierenden, die derzeit die Anteile ihres Studiums, die Präsenz in einer Schule erforderten, nicht ableisten könnten.

Die Hochschulen hätten sich mit Blick auf bestehende Auflagen mitunter selbst geholfen; für das Medizinstudium etwa habe die UMG eine entsprechende Lösung entwickelt.

Die Universitätsbibliotheken seien inzwischen wieder geöffnet, wie die Landesregierung in der Vorlage 1 mitgeteilt habe.

Einige Punkte des Antrags der FDP-Fraktion könnten also inzwischen als erledigt gelten, aber die Frage, inwieweit die Hochschulen noch mehr Unterstützung bei der Wiederaufnahme des Lehr- und Forschungsbetriebs erhalten könnten, gehöre nicht dazu - zumal bereits jetzt die Rede davon sei, dass auch das Wintersemester 2020/2021 unter Umständen digital durchgeführt werden müsse.

Abg. **Burkhard Jasper** (CDU) führte aus, die Landesregierung habe in dem unter Nr. 8 genannten Bereich bereits mehrere unterstützende Maßnahmen auf den Weg gebracht.

Erstens werde es im Jahr 2020 einen Sonderpreis für digitale Lehre geben; hierauf könnten sich die Hochschulen bewerben. Damit könnten diese unterstützt werden, neue Lehrformate auf den Weg zu bringen, was teilweise bereits geschehen sei.

Zweitens gebe es die Förderlinie „OER für den Hochschulbereich“ mit einem Volumen von insgesamt 1,25 Millionen Euro zur Schaffung und Verbreitung von freien Lehr- und Lernmaterialien.

Drittens sei das „Sofortprogramm Hochschule.digital Niedersachsen“ von MWK und VolkswagenStiftung im Umfang von 8 Millionen Euro zu nennen, das den Innovationsschub an den Hochschulen kurzfristig fördern solle.

Abg. **Dr. Silke Lesemann** (SPD) merkte an, die Präsenzlehre an Hochschulen sei aktuell nicht nur in Niedersachsen oder in Deutschland weitestgehend eingestellt, sondern nahezu weltweit.

Sicherlich müsse man allmählich darüber nachdenken, wie Präsenzlehre wieder ermöglicht werden könne. In einigen Bundesländern gebe es auch bereits Bestrebungen, den regulären Semesterbetrieb schrittweise wieder aufzunehmen, und es würden zum Teil bereits wieder Präsenzprüfungen durchgeführt.

Beim Thema Präsenzlehre müsse allerdings vor dem Hintergrund der bestehenden Kenntnisse über die Ausbreitung des Virus berücksichtigt

werden, dass es sich bei Vorlesungen zum Teil sozusagen um Massenveranstaltungen mit jungen Leuten handele und eine weitere Verbreitung des Virus in diesem Zusammenhang vermieden werden müsse. Deshalb dürfe auch nichts überstürzt werden.

Dennoch bestehe der klare Wunsch und die Notwendigkeit, wieder in die Präsenzlehre einzusteigen. Denn gerade für Studienanfänger sei der unmittelbare und nicht bloß virtuelle Kontakt zu Kommilitoninnen und Kommilitonen wichtig. Auch in anderen Bereichen wie Kindertagesstätten und Schulen gebe es eine stufenweise Rückkehr zur Normalität, sodass an den Hochschulen ebenfalls eine Balance im Umgang mit der Situation gefunden werden sollte.

Zum weiteren Verfahren schlage sie vor, die Landesregierung um eine Unterrichtung in einer der nächsten Sitzungen des Ausschusses darüber zu bitten, welche Überlegungen es zum stufenweisen Wiedereinstieg in die Präsenzlehre gebe.

Abg. **Susanne Victoria Schütz** (FDP) stimmte den Ausführungen der Abg. Frau Dr. Lesemann dahin gehend zu, dass die Hochschule in der Tat ein sozialer Raum und die persönliche Begegnung darin wichtig sei.

Auch wenn die digitalen Vorteile habe, plädiere sie, Frau Schütz, dafür, soweit möglich wieder zu Präsenzveranstaltungen zurückzukommen, da im Sozialraum Hochschule bestimmte Dinge nur gemeinsam und nicht allein per Videokonferenz erarbeitet werden könnten.

Den Vorschlag, die Landesregierung um Unterrichtung zu bitten, unterstütze sie.

Abg. **Eva Viehoff** (GRÜNE) bestätigte, dass für Studierende die Anwesenheit an der Universität von großer Bedeutung sei. Insbesondere die Teilnahme an Einführungsveranstaltungen, die durch für den Beginn des kommenden Wintersemesters angekündigte Onlineformate nicht adäquat ersetzt werden könnten, sei für Studienanfängerinnen- und -anfänger auch aus sozialen Gründen wichtig.

Zum Thema Prüfungen sei anzumerken, dass die niedersächsischen Hochschulen und Universitäten durchaus in der Lage seien, Zahlen zu ihren Raumbedarfen vorzulegen. Diese müssten bedient werden, um die Veranstaltungen, bei denen Präsenz erforderlich sei, auch nur ansatzweise durchführen zu können. Die entsprechenden

Räumlichkeiten seien aber aktuell nicht vorhanden, sodass hier Handlungsbedarf bestehe.

So werde einerseits das Weiterstudieren im Bologna-System erschwert, das den Erwerb von Credit Points vorsehe, um Folgekurse belegen zu können. Andererseits bestehe auch eine Erschwernis für die wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie für Professorinnen und Professoren, da diese kleinere Gruppen nicht parallel, sondern nur nacheinander unterrichten könnten, weil nicht ausreichend Personal vorhanden sei.

Es sei zwar zu begrüßen, dass die von Abg. Jasper genannten Programme aufgelegt worden seien, aber sie reichten nicht aus. Die Hochschullehrenden seien mit Blick auf das Thema Onlinelehre nun einmal ganz unterschiedlich aufgestellt, sodass es wichtig sei, klare Qualitätskriterien für digitale Lehre festzulegen. In diesem Bereich sei eine Präzisierung erforderlich. Ferner müssten die Erfahrungen, die aktuell gemacht würden, festgehalten und für die Zukunft berücksichtigt werden. YouTube-Tutorien etwa, die keine unmittelbare Rückmeldung zuließen, seien nicht angemessen.

Für die digitale Lehre müssten deshalb deutlich mehr als die bisher bereitgestellten Mittel zur Verfügung gestellt werden. Die LHK habe bereits dargelegt, welche Summen zur Verbesserung der digitalen Lehre benötigt würden, um Präsenzlehre und zum Teil auch Onlinekurse gleichzeitig anbieten zu können. Sie, Frau Viehoff, plädiere dafür, sich gemeinsam dafür einzusetzen, dass dieses Ziel tatsächlich erreicht werde.

Unter Bezugnahme auf den unter Tagesordnungspunkt 2 beratenen Antrag der FDP-Fraktion - [Drs. 18/6382](#) neu - wies sie abschließend darauf hin, dass auch stärkere Impulse aus den Hochschulen mit Blick auf Gründungen nur ermöglicht werden könnten, wenn Hochschulen und Universitäten bzw. ihre Studiengänge bereits ab dem ersten Semester so gut wie möglich gestattet würden. Andernfalls würden zu viele Studierende zurückgelassen, die in der Lage wären, eine Selbstständigkeit anstelle einer Karriere im wissenschaftlichen Betrieb zu realisieren.

Abg. **Jörg Hillmer** (CDU) erklärte, zunächst einmal wolle er an dieser Stelle seinen Dank gegenüber den Hochschulen und Studierenden für die konsequente Durchführung des Onlinestudiums während der Pandemie zum Ausdruck bringen. Denn die Pandemiesituation bestehe weiterhin,

und jeder, der seine persönlichen Kontakte reduziere, schaffe so Spielräume für andere Gruppen. Womöglich habe das Onlinestudium, das die Wahrscheinlichkeit von Ansteckungen reduziert habe, beispielsweise mit dazu beigetragen, dass die Pflegeheime und die Kindergärten wieder hätten geöffnet werden und auch Lockerungen bei Kulturveranstaltungen hätten erfolgen können.

In der aktuellen Defizitdiskussion gerate aus seiner, Hillmers, Sicht etwas aus dem Fokus, dass die Beschränkungen einen Sinn hätten und auch etwas Gutes mit sich brächten und nicht nur etwas Beschwerliches seien.

Für den Fall, dass die Pandemie auch im Wintersemester noch andauere - wovon auszugehen sei, sofern beispielsweise kein Impfstoff zur Verfügung stünde -, sei er, Hillmer, dafür, die Hochschulen dabei zu unterstützen, den eingeschlagenen Weg fortzusetzen. Sicherlich könnten diesbezüglich kritische Fragen gestellt und Nachsteuerungsbedarf diskutiert werden, aber ein Abbruch der derzeitigen Vorgehensweise sei aus seiner Sicht weder realistisch noch geboten.

Abg. **Susanne Victoria Schütz** (FDP) betonte, dass es der FDP-Fraktion nicht darum gehe, Sicherheitsvorkehrungen abzuschaffen.

Auch sie, Frau Schütz, halte das, was an den Hochschulen im Bereich digitaler Formate stattfinde, für beeindruckend. Bestimmte Formate wie große Vorlesungen sollten - sobald sie wieder stattfinden könnten - aus ihrer Sicht auch in Zukunft aufgezeichnet werden, um etwa Studierenden mit pflegebedürftigen Angehörigen oder kleinen Kindern das spätere Verfolgen der Veranstaltungen oder die Wiederholung schwierigen Lernstoffs zu ermöglichen.

Ihr gehe es insbesondere darum, bei kleineren Lehrformaten, die auf gemeinsames Erarbeiten setzten, zu einem Übergang hin zu mehr Sozialkontakten zu kommen - unter strenger Einhaltung von Hygieneauflagen. Hierbei sollten die Hochschulen mehr Beratung erhalten, um Gefahren beurteilen und einstufen zu können - auch wenn die Landeshochschulkonferenz bereits vieles in diesem Bereich selbst und mit Unterstützung des MWK organisiert habe.

Abg. **Annette Schütze** (SPD) regte vor dem Hintergrund, dass die Fraktionen von SPD und CDU angekündigt hätten, einen Änderungsvorschlag zu erarbeiten, und die Mitberatung der Anträge

nach der Sommerpause fortgesetzt werde, an diese Zeit zu nutzen, um die Studierendenvertreter um eine schriftliche Stellungnahme zu bitten, in der sie ihre Situation und Sicht auf die Dinge - Stichworte „Onlinestudium“ und „Prüfungssituation“ - darstellen könnten.

Abg. **Dr. Silke Lesemann** (SPD) erwiderte, auch vor dem Hintergrund, dass den Abgeordneten bereits entsprechende Ausführungen von Studierenden zugegangen seien, plädiere sie dafür, zunächst den Änderungsvorschlag der Koalitionsfraktionen abzuwarten, bevor gegebenenfalls weitere Stellungnahmen erbäten würden.

#### *Zu Nr. 5 - Aufhebung von Verboten kultureller Aktivitäten*

Abg. **Burkhard Jasper** (CDU) verwies auf den Stufenplan der Landesregierung, mit dem sich die Forderung des Antrags, die Verbote kultureller Aktivitäten aufzuheben, zum Teil bereits erledigt habe. Bezüglich weiterer Lockerungen in diesem Bereich sei aus seiner Sicht auch zu berücksichtigen, dass die Kulturschaffenden selbst sehr gerne wieder aktiv werden wollten, um auch wieder Einnahmen erzielen zu können.

Abg. **Susanne Victoria Schütz** (FDP) gab zu bedenken, dass es etwa mit Blick auf Theater- und Konzertveranstaltungen noch Spielraum gebe. Es gehe dabei natürlich noch nicht um große Opernaufführungen, aber um die Öffnung von Theatern, kleineren Konzertformaten oder auch Kinos. Sie verlieh ihrer Hoffnung Ausdruck, dass die nächste Verordnungsänderung zum 22. Juni Regelungen in diesem Sinne beinhalten werde.

Abschließend verwies sie auf die „Stellungnahme zum Spielbetrieb der Orchester während der COVID-19-Pandemie“ der Charité, die auf aktuellen wissenschaftlichen Erkenntnissen bzw. Einschätzungen und der Erfahrung von Musikerinnen und Musikern und Instrumentenexpertinnen und -experten beruhe. Denn Minister Thümler habe im Rahmen der Sendung „Hallo Niedersachsen“ am 7. Juni in Abrede gestellt, dass es entsprechende Untersuchungen gebe, so die Abgeordnete.

Abg. **Eva Viehoff** (GRÜNE) ergänzte, insbesondere müsse verhindert werden, dass Programmkinos gegenüber großen Kinobetrieben benachteiligt und damit der Gefahr des Konkurses ausgesetzt würden.

Abg. **Burkhard Jasper** (CDU) führte aus, da die Pandemie noch bestehe, müsse man weiterhin vorsichtig und verantwortungsbewusst vorgehen und die Kontaktbeschränkungen ernst nehmen. Es dürfe nicht der Eindruck erweckt werden, dass nun in jedem Bereich problemlos gelockert werden könne.

Er, Jasper, erlebe aber auch, dass die Menschen sehr verantwortungsbewusst mit der Situation umgingen. Gleichzeitig könne man nicht verhindern, dass sich Personen unvernünftig verhielten.

Aus seiner Sicht könne durchaus etwas mehr Freiheit gewagt und es in die Verantwortung des einzelnen Bürgers gelegt werden, ob er kulturelle Veranstaltungen oder eine Kinovorstellung besuche. Er plädiere dafür, bei der nächsten Änderung der Verordnung im Kulturbereich - auch bei den Kinos - mehr zu ermöglichen, selbstverständlich unter Berücksichtigung der Hygienevorschriften und Abstandsregelungen. Dies halte er aufgrund der momentanen Infektionszahlen für verantwortbar.

\*

Der **Ausschuss** bat die Landesregierung um Unterrichtung über den aktuellen Sachstand zu Nr. 8 des Antrags in einer seiner nächsten Sitzungen und kam überein, dem - federführenden - Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung einen Auszug aus der Niederschrift zu diesem Tagesordnungspunkt zur Verfügung zu stellen.

#### **Mitberatung des Antrags unter b**

Abg. **Harm Rykena** (AfD) führte aus, der Antrag der AfD-Fraktion enthalte ähnliche Aspekte wie der Antrag der FDP-Fraktion. Viele der im Antrag der AfD-Fraktion aufgeführten Punkte hätten sich bereits erledigt.

Den Wissenschaftsausschuss betreffe Nr. 19 des Antrags, der die Wiederaufnahme von Präsenzveranstaltungen u. a. an Hochschulen fordere. Wichtig sei aus seiner, Rykenas, Sicht, die Durchführung der Praktika von Lehramtsstudenten an Schulen wieder zu ermöglichen, da Personen in den Schulen benötigt würden, die Kinder betreuen und sie beim Lernen unterstützen könnten.

Zur Prüfungssituation an den Hochschulen sei anzumerken, dass Präsenzprüfungen unter Wah-

rung von Hygienerichtlinien durchgeführt werden könnten, wenn die vorhandenen Räumlichkeiten kreativ genutzt würden.

Unter Nr. 6 des Antrags werde darauf hingewiesen, dass es im Bereich der Lebensmittelwirtschaft - sowohl in tiermedizinischen als auch in Pflanzenzuchteinrichtungen - weitreichende Testkapazitäten, Erfahrung mit Massentests und die notwendige maschinelle Ausstattung dafür gebe. Diese sollten insbesondere im Bereich der Testung auf Antikörper für eine großflächigere Testung von Menschen genutzt werden, um festzustellen, wer gegebenenfalls bereits mit dem Coronavirus infiziert gewesen sei. Hierzu sei bislang sehr wenig passiert.

\*

Damit schloss der **Ausschuss** die Mitberatung ab. Er kam überein, dem - federführenden - Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung einen Auszug aus der Niederschrift zu diesem Tagesordnungspunkt zur Verfügung zu stellen.

\*\*\*

### Andere Sitzungsteilnehmerinnen/Sitzungsteilnehmer

#### 34. Sitzung des Ausschusses für Wissenschaft und Kultur Montag, den 15. Juni 2020, 13.30 Uhr

Name	Amtsbezeichnung	Dienststelle
<b>Eintragungen bitte in Blockschrift</b>		
Altpeter, Michael	Journalschreiber	Zentrum
Posdof		MWK
von Reitzenstein		MWK
Nittscher		MWK
Golkmann		MWK
Knoke		FDP - Fraktion
Dr. Berger		MWK
Schiene		MWK
Lehmsrudt		MWK
Farwold		MWK
Owcarz		MWK
Schulz		MWK
Dr. Schröter		MWK

(Andere Sitzungsteilnehmer)



34. Sitzung des Ausschusses für Wissenschaft  
und Kultur des Niedersächsischen Landtags am  
15.06.2020  
TOP 1 „Waldelefantenskelett aus Schöningen“

# Schöningen 13 II 3a-2ab, Elefant (2017-2019)



# Schöningen 13 II 3a-2ab, Elefant (2017-2019)



# Schöningen 13 II 3a-2ab, Elefant, 3D – Bild aus über 750 Einzelfotos

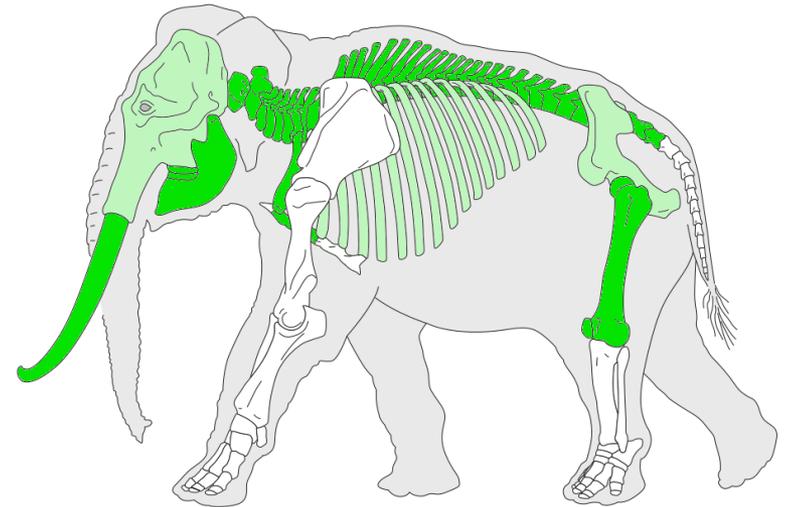
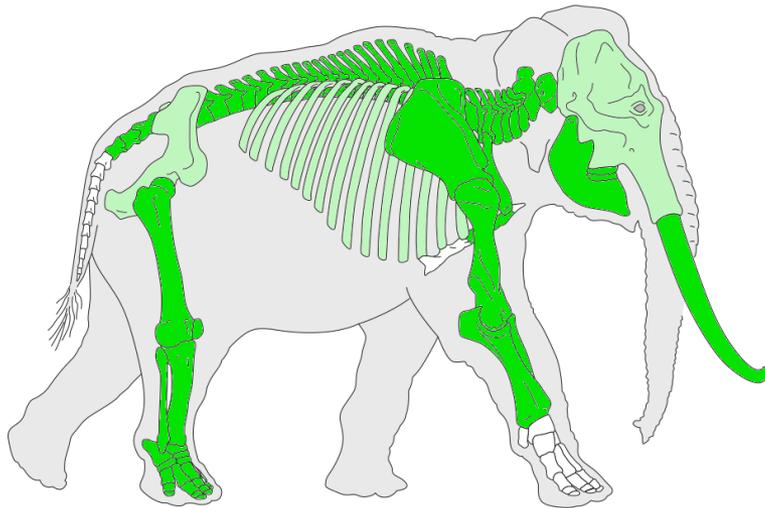


67,390 vertices; 1,088,506



Niedersächsisches Ministerium  
für Wissenschaft und Kultur

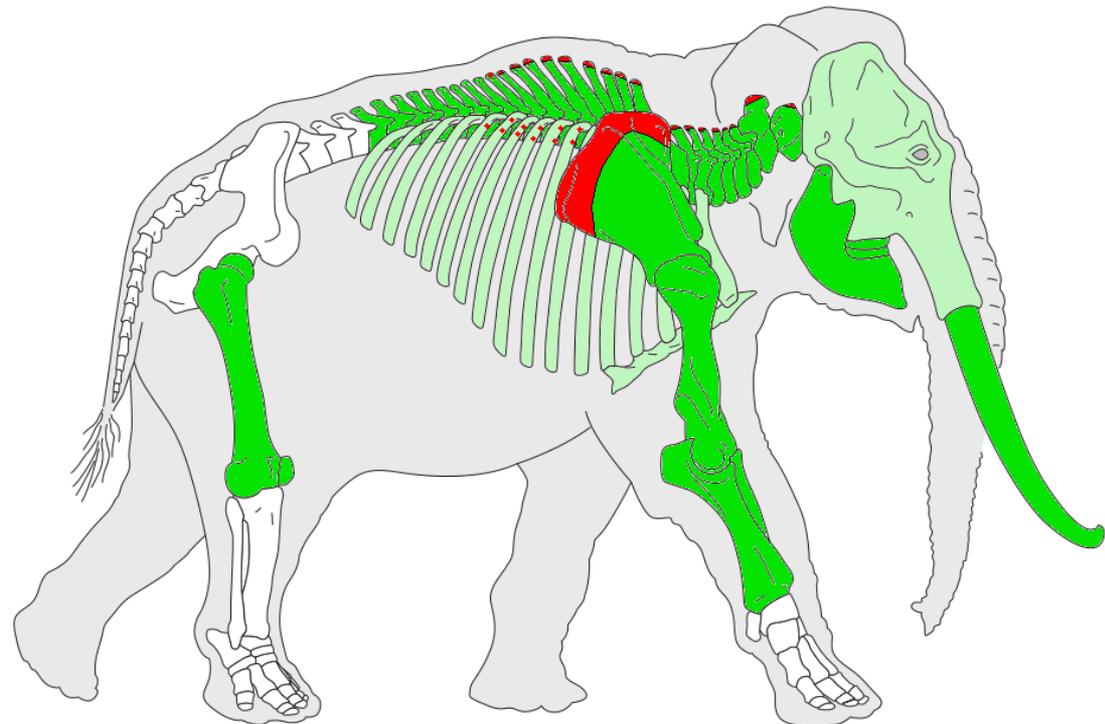
# Schöningen 13 II 3a-2ab, Elefant. Bestimmte Knochen.



Dunkelgrün: Entdeckte und eindeutig zugeordnete Knochen



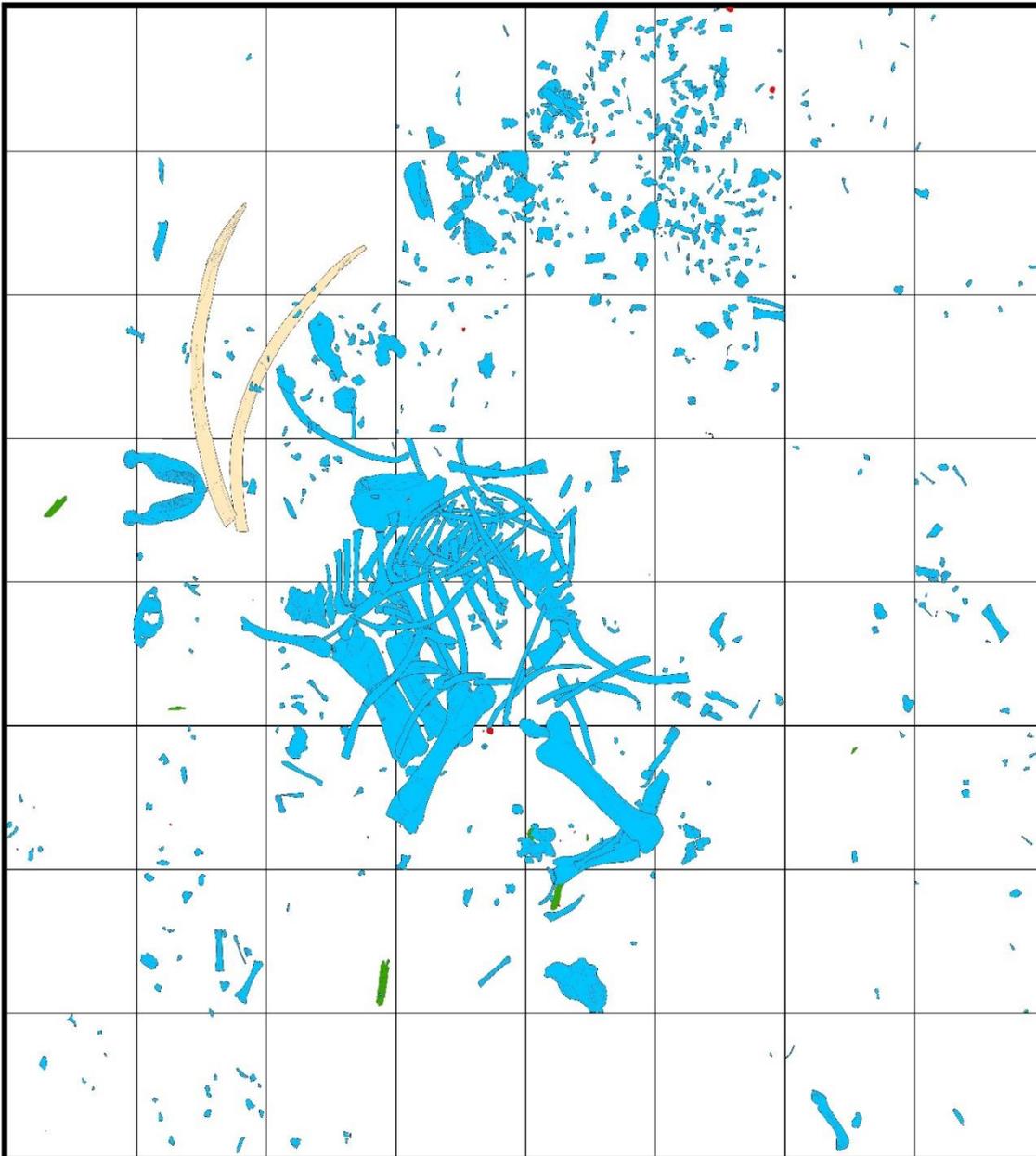
# Schöningen 13 II 3a-2ab, Elefant. Bissspuren.



# Schöningen 13 II 3a-2ab, Elefant

689/12

697/12



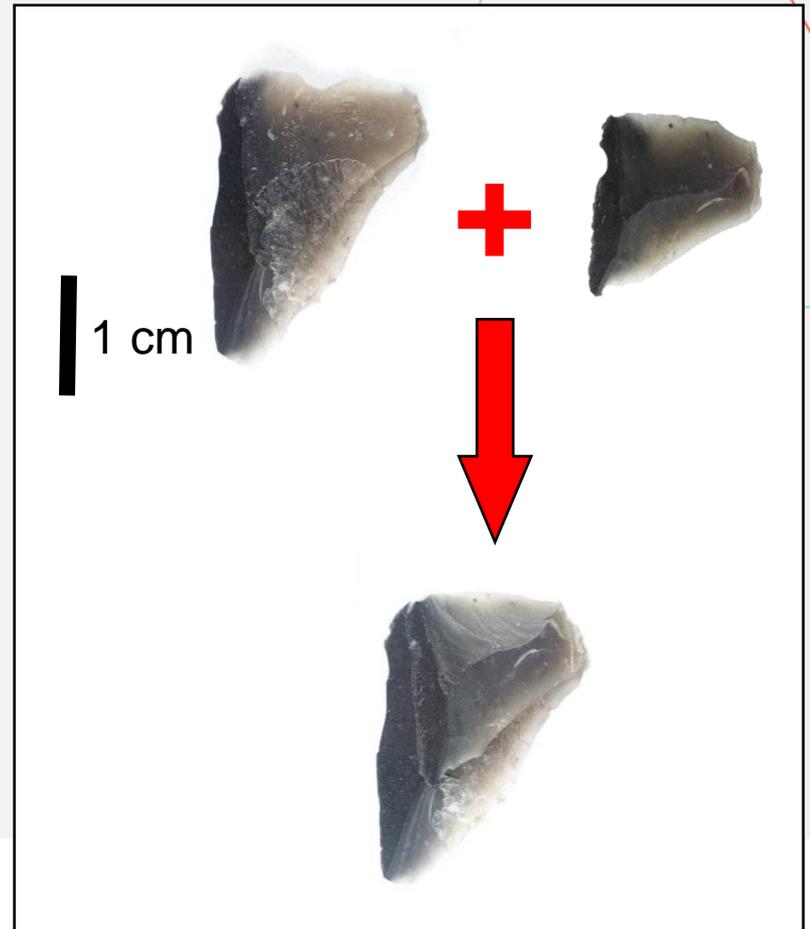
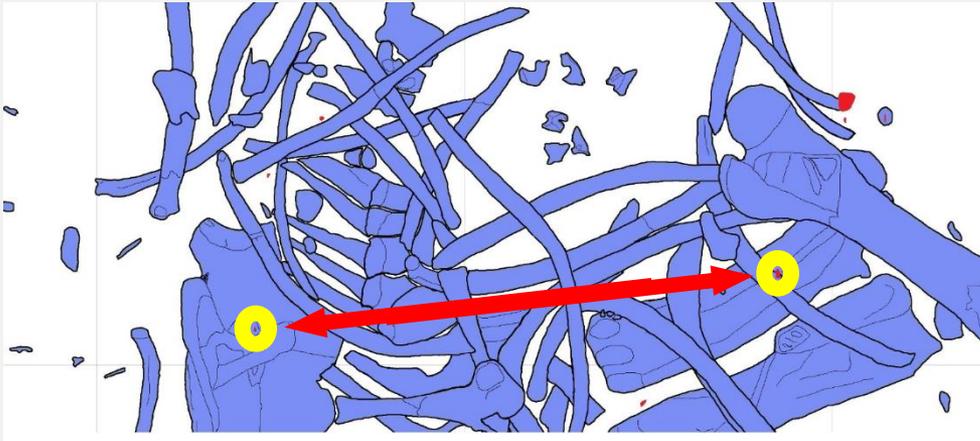
-  Knochen
-  Elfenbein
-  Holz
-  Feuerstein

689/4

697/4

1 meter

# Schöningen 13 II 3a-2ab, Zusammensetzung von Feuersteinabsplissen. Sie lagen zwischen den Knochen vom Elefanten.

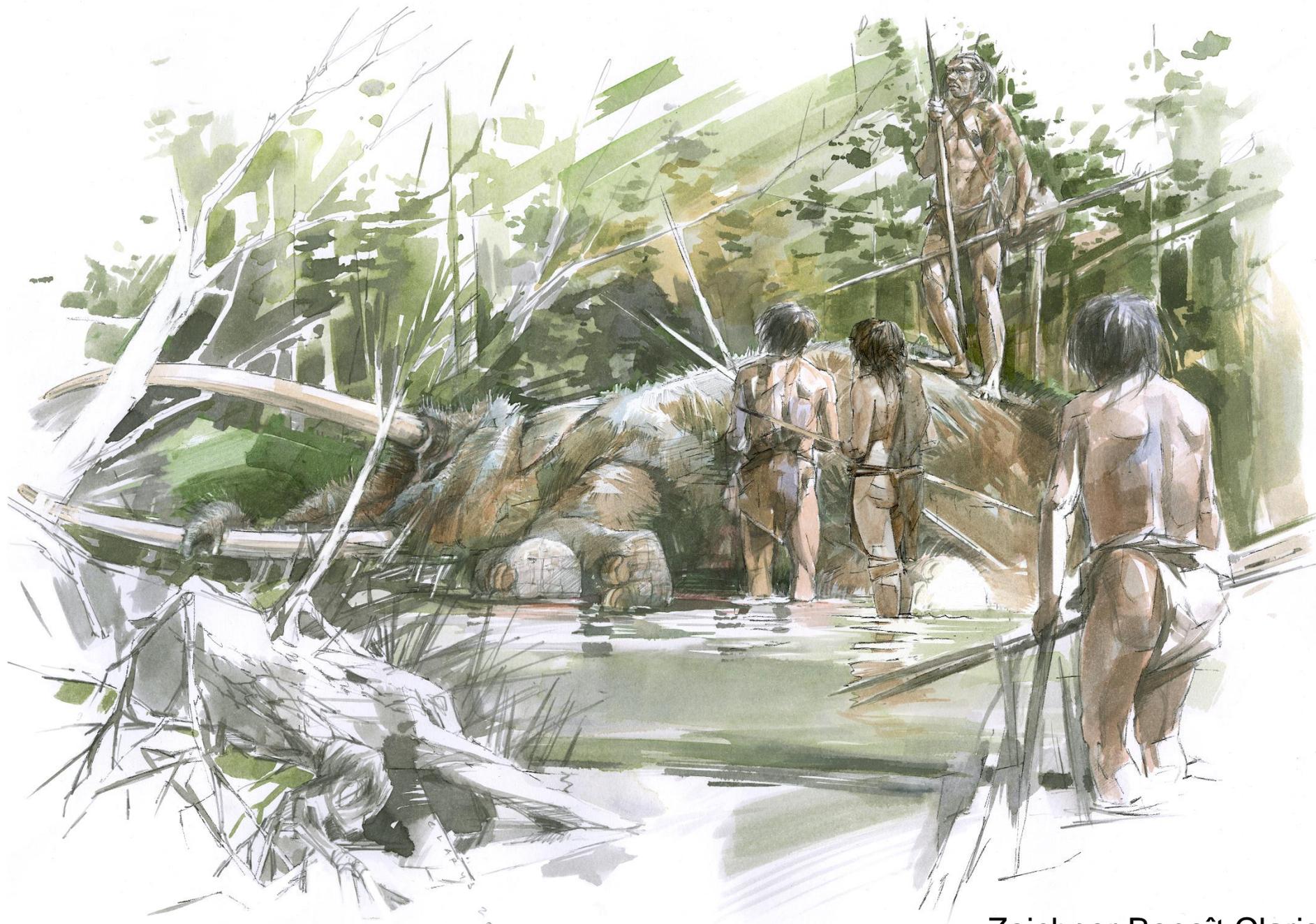


# Schöningen 13 II 3a-2ab, Knochenretoucheur (1) aus einem Langknochen eines Rothirsches. 1m vom Elefant entfernt.



**Schöningen 13 II 3a-2ab, Knochenretoucheur (2) aus einem  
Langknochen eines Rothirsches. 1m vom Elefant entfernt.**





Zeichner Benoît Claris





# Wurfstock aus Fichte

64.5 cm, 264 g (1994 Stick 77.5 cm)



Zeichner Benoît Claris



Niedersächsisches Ministerium  
für Wissenschaft und Kultur

Referat 35

Leibnizufer 9  
30169 Hannover

Tel: 0511/120-2562

Fax: 0511/120-992562

[Dagmar.reitzenstein@mwk.niedersachsen.de](mailto:Dagmar.reitzenstein@mwk.niedersachsen.de)

[www.mwk.niedersachsen.de](http://www.mwk.niedersachsen.de)

Folgen Sie uns auf:



facebook.com/MinisterBjoernThuemler



instagram.com/nds\_wissenschaft\_kultur



**Niedersächsisches Ministerium  
für Wissenschaft und Kultur**